

Giftdeponie bald wieder ein Zankapfel?

Mündener
Tageblatt
16.4.'94

Probleme bei Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiativen und Behörden / Sicherung nicht vor 2000

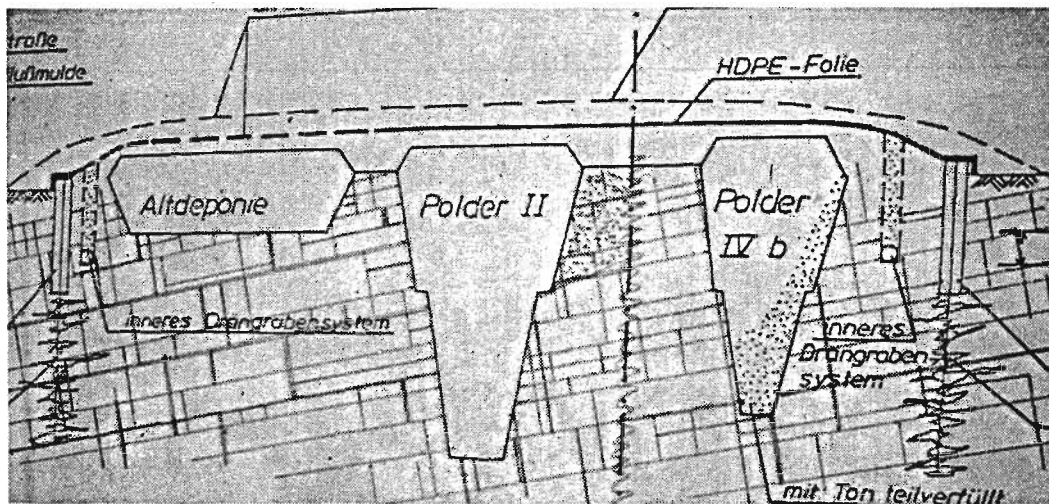
Von Uwe Vinke

Petershagen-Quetzen (mt). Droht ein Rückfall in alte Zeiten? Diese Frage drängt sich Münchehagen-Kennern auf. In einer Veranstaltung der Bürgerinitiative „Stopp den Giftmüll“ blickte Vorsitzender Peter Thiele in eine dunkle Zukunft des Münchehagen-Plenums. Das Mediationsverfahren um Sicherung und Sanierung der Giftdeponie werde wohl in diesem Jahr „Schiffbruch erleiden“, da die Zusammenarbeit mit Projektkoordinator und Behörden „auf Messers Schneide stehe“.

Ziel des Abends war die Bildung eines Arbeitskreises in der Bürgerinitiative, der sich mit der stillgelegten Giftdeponie befassen soll. Der Arbeitskreis soll auch öffentlich aktiv werden, da er nicht in die Geschäftsordnungszwänge von Münchehagen-Plenum und Vermittlungsausschuß eingebunden ist.

Zuvor hatte der BI-Vorsitzende zusammen mit Heinrich Bredemeier, Bürgerbüro Loccum, die teilweise kriminelle Entwicklungsgeschichte der Giftdeponie aufgezeigt. Bredemeier zitierte dabei aus Ermittlungsakten des Landeskriminalamtes Niedersachsen.

Seit 1983 wurden in die Altlast rund 80 Mio. Mark investiert. Sichtbar sind die Abdeckung der Altdeponie, die Abbindung des Ringgrabens von der Ils und die Abgrenzung zwischen Weiß- und Schwarz-Bereich.



Dieser Schnitt durch die Giftdeponie in Münchehagen zeigt die seitliche Umschließung (links und rechts) bis auf über 25 Meter Tiefe. Eine Studie stellt nun den Erfolg dieser 120 Mio. Mark teuren Maßnahme in Frage.

MT-Foto: Uwe Vinke

„Ansonsten haben wir ein Gutachter- und Analysen-Festival erlebt“, resümierte Peter Thiele. Er wies dabei aber auch auf Ergebnisse in Form der Machbarkeitsstudie zur Sanierung und der Risikostudie für Sicherung und Sanierung hin.

Beamtentum dominiert

Derzeit gebe es im Plenum eine „Koalition“ aus den niedersächsischen Behörden, die geplante Maßnahmen „durchpowern“ wollten, so der BI-Vorsitzende. Wo früher unter dem alten Mediator und dem alten Projektkoordinator der Ausgleich gesucht worden sei, ste-

he nun Beamtentum.

So besage die Risikostudie, daß die seitliche Umschließung der Deponie, für die 1994 ein Testfeld erstellt werden solle, nur etwa 40 Prozent des erwarteten Effektes im Grundwasserstrom erbringen werde. Nun werde über Schrägbohrungen zur trichterähnlichen Basisabdichtung nachgedacht, so Thiele.

Ziel der Bürgerinitiativen sei es stets gewesen, die Deponie in eine rundum dichte „Wanne“ zu bauen. Dies sei von den Behörden jedoch wegen bautechnischer Probleme verworfen worden.

Da die Sicherung der Giftdepo-

nie auch aus Finanzgründen nicht vor dem Jahr 2000 erreichbar sei, meinte der BI-Vorsitzende, könne hier eine Technik entwickelt werden. Vielleicht sei dies aber nicht gewollt, so ein Zuhörer, da dann für andere Altlasten die Sicherung eingeklagt werden könne.

Sanierung erst später

Eine Sanierung, waren sich Thiele und Bredemeier einig, könne vielleicht erst in zehn Jahren beginnen. Erst dann solle über das Verfahren entschieden werden, wobei der Verbrennung eventuell zugestimmt werden müsse.